

Saale-Beitung.

Dreizehndreißigster Jahrgang.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei ganzjähriger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., dreimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auschl. Befreiung.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schulze in Halle.

[Schriftverbindung Nr. 176.]

Anzeigen

Werden die Spaltenpreise über dem Raum mit 20 Pfg., solche am Samstag 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erstausgaben höchst willkommen; Sonntags und Montags einmal, sonst je nach Inhalt.

Nr. 275.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 15. Juni

1899.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalarbeiten.

Berlin, 14. Juni. Der Kaiser führte gestern nachmittags den Vorsitz im Kronrathe, der von 4 Uhr ab bis gegen 6 1/2 Uhr tagte, und begab sich um 8 Uhr abends zum Schlafbetriebe.

Die Entlassung des Generals für den Landgrafen Wilhelm den Großfürstlichen wird am 12. September in Kassel stattfinden. Der Kaiser, der zu diesem Zeitpunkt die reiche Spende von 10,000 M. hinterließ, hat zugestimmt, an der Entlassungsfeier teilzunehmen.

Der Kaiserliche Hofschaffner in Konstantinopel, Staatsminister Fürst Marfchal von Wierzbicki, hat einen Urlaub angetreten.

Vor der Entscheidung.

Der Ausgang der Verhandlungen der zweiten Lesung der Kanalvorlage liegt zur Stunde noch in Frage. Sicher ist nur, daß weder die ganze konservative noch freisinnigere Partei gegen den Kanal stimmen werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in einem Artikel über die Kanalvorlage heute:

Es ist nicht anzunehmen, daß man sich an irgend einer Stelle über die Tragweite der bevorstehenden Entscheidung im Unklaren befindet. Die Regierung hat das erforderliche Material in umfassender Vollständigkeit der öffentlichen Meinung zugänglich gemacht.

Die „Kreuztg.“ bereitet bereits gestern auf den Unfall eines Theiles der konservativen Fraktion für den Entwurf vor, indem sie schreibt:

„Ganz wichtig ist es, die Sache so darzustellen, als habe die konservative Partei jemals geschlossen gegen die Vorlage Stellung genommen: es ist im Gegenteil stets betont worden, daß eine dem Kanal günstige Minderebeit vorhanden sei.“

Die sächsische Antike.

Offiziell schreibt man: Der Entschluß der sächsischen Regierung, den für Sachsen verhältnismäßig hohen Antikebeitrag von 80 Millionen Mark zum Zwecke von 83 1/2 Proz. zu erheben, so daß diese neuen dreiprozentigen Rentenverpflichtungen voraussichtlich zu 85 Proz. an den Markt gebracht werden, ist im Weltmarkt überaus günstig aufgenommen.

dreiprozentiges erfalliges Anlagepapier nur zu 85 Proz. anbieten zu können und so die Staatskasse dauernd mit einer Zinsenlast von ungefähr 3,6 Proz. für die erforderlichen 80 Millionen zu belasten.

Parlamentarischer.

Berlin, 14. Juni. Das Invalidenversicherungsgesetz kam heute in der dritten Lesung in der Specialkommission zur Verhandlung.

Ueber die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England berichtet am Dienstag die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages.

Ueber die demokratische Strafkammer beginnt heute der Prozeß gegen Reichsrath Dr. Frankmeier wegen angeblicher Parteipolitik.

Die Beschlüsse der Konferenzten schießen das schroffe Ausreten der drei Vorkämpfer des Bundes der Landwirthe recht unbehagen zu sein.

Dem Bundesrat ist eine Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Uruguay über das Wiederintrittreten des Handels- und Schiffsverkehrs von 20. Juni 1892 zugegangen.

Dieser Vertrag, der im wesentlichen die gegenwärtige Weltlage feststellt, ist durch Kündigung Uruguays am 31. Juni 1897 außer Kraft getreten, nachdem auch die Handelsverträge Uruguays mit England, Frankreich und Italien bereits vorher ihre Wirksamkeit verloren hatten.

gehen, um für unsere Handelsbeziehungen zu Uruguay wieder eine feste Grundlage zu schaffen. Dies war um so wünschenswerther, als England, Italien und Frankreich ihre früheren Handelsbeziehungen zu Uruguay gleichfalls wieder hergestellt haben.

Die Centumfraktion des Reichstages berief am Dienstag abend von 8-10 1/2 Uhr über den Gegenstand betr. den Schluß des gemeinlichen Arbeiterverhältnisses.

Berlin, 14. Juni. Die Ausschüßungskommission des Reichstages genehmigte heute die von Prof. Vogel hergestellten Modelle zu den Kandidaten am Steingange.

Der elfag-Lothringische Landesausschuß nahm die Gehaltsveränderung der mittleren und höheren Beamten nach dem Kommissionsbeschlusse an.

Volkswirtschaftliche.

Da der flehige japanische Gelehrte durch Note vom 17. Juli 1898 angezeigt hat, daß die japanische Regierung den Handels- und Schiffverträge zwischen dem Deutschen Reich und Japan vom 17. Juli 1898 ab in Kraft zu setzen wünscht, wird letzterer in allen seinen Theilen nach Artikel XXI an dem bezeichneten Tage in Kraft.

Ueber die Beschlüsse der Konferenzten schießen das schroffe Ausreten der drei Vorkämpfer des Bundes der Landwirthe recht unbehagen zu sein.

Ueber die demokratische Strafkammer beginnt heute der Prozeß gegen Reichsrath Dr. Frankmeier wegen angeblicher Parteipolitik.

Die Beschlüsse der Konferenzten schießen das schroffe Ausreten der drei Vorkämpfer des Bundes der Landwirthe recht unbehagen zu sein.

Ueber die demokratische Strafkammer beginnt heute der Prozeß gegen Reichsrath Dr. Frankmeier wegen angeblicher Parteipolitik.

Schule und Kirche.

Ueber die akademische Lebftätigkeit der Professoren u. a. an den deutschen Universitäten im Winterhalbjahr 1898/99 werden interessante statistische Angaben veröffentlicht.

Soziale Angelegenheiten.

Von einer „absolut sicher informierten Seite“ erzählt die „Kreuztg.“ über die Neuordnung des Reichs Antikebeiträge.





Nach § 51 d können durch das Statut über die Reihenfolge, in welcher die Bewerber zu den Verhandlungen der Rentienstellen zu gelangen, die Bestimmungen getroffen werden.  
Die Abg. Hüge u. Gen. beantragen, dass „Hömer“ zu sagen „Tür“.  
Die §§ 51 b und d werden mit den Anträgen Hüge angenommen.  
Die Abg. Hüge erklärt ferner, dass die einschlagenden Abg. der Rentienstellen trotz verschiedener Bedeutung dem Gesetz zustimmen werden.  
Die §§ 52 bis 74 werden mit einigen reaktionellen Änderungen angenommen.  
Bei § 74 (wegen Staatsausfall) verliert auf Antrag des Abg. Hofmann (ul.) Staatssekretär Graf Podolsky, dass das Rentienstellenamt in allen Fällen in denen die Rentienstellen nicht nachvollzogen sind, dass die Rentienstellen nicht mit genügender Strenge verfahren werde, eine allgemeine Revision der Verrechnungssachen vornehmen werde.  
Nach § 76 geht, wenn die Invalidenten für einen Zeitraum erkrankt worden ist, für welchen dem Empfänger ein Zuschuss auf Invalidenten aus der Versicherungssache über.  
Die Abg. Hüge u. Gen. beantragen, nach dem Worte „dieser Zuschuss“ das folgende zu fügen und dahin zu legen:  
„Infolge auf die Versicherungssache über, als die gewählte Invalidenten die zu gewählte Invalidenten nicht übersteigt.“  
Hüge beantragt diesen Vorschlag nach einige weitere reaktionelle Änderungen.  
§ 76 wird mit dem Antrag angenommen.  
Die §§ 77 bis 121 werden ohne Debatte angenommen.  
Nach § 122 entscheidet über Streitigkeiten zwischen Deputierten der Reichsratsämter, die unter der Verwaltung und der Reichsratsämtern über die Verhältnisse über die Angelegenheit zu einer Verrechnungssache die unter Verwaltungssache, oder, wo eine Rentienstelle vorhanden ist, der Vorsteher derselben, nachdem vor der Entscheidung der Verrechnungssache Gelegenheit zur Anhörung gegeben ist. Gegen die Entscheidung innerhalb der Fristen die Verrechnungssache an die höhere Verwaltungssache über.  
Die Abg. Hüge und Gen. beantragen, hinter das Wort „Rechtsgenossen“ einzufügen: „und der Verrechnungssachen, welche sich in dem Falle gezeigt hat,“ und ferner die Bestimmung hinzuzufügen: „Streitigkeiten über Fragen von arbeitsmäßiger Bedeutung sind dem Reichsratsamt zur Entscheidung zu überweisen, wenn dies innerhalb der Beschränkung der Verrechnungssache beantragt wird.“  
§ 123 wird mit dem Antrag Hüge angenommen.  
Nach § 125a trägt die Rollen des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen dem Reichsratsamt und den Reichsratsämtern und Arbeitnehmern, und soweit sie bei einer Streitigkeit entstehen, die Verrechnungssachen. In übrigen der Bundesstaat.  
Die Abg. Hüge u. Gen. beantragen, noch hinzuzufügen: „Soweit die mit den Reichsratsämtern entstehen, dass Recht.“  
§ 125 wird mit dem Antrag angenommen.  
Die §§ 126 bis 130 angenommen.  
Bei § 130a (Schuldbewilligung) tritt auf Antrag des Abg. Sinaev Vortrag ein.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der dritten Beratung des Antrags über die Angelegenheit des Schiffs und eine Reihe von dem Reichsratsamt mit England.

## Ausland.

### Der österreichungarische Ausgleich.

Im ungarischen Parlament wird die Vereinbarung zwischen Oesterreich und Ungarn über den Ausgleich, ein weiteres Zeichen, dass Oesterreich der Verschlingung ist. Wie aus dem Ausblick des Reichsrats, der dem Reichsratsamt und der Reichsratsämtern über die Verhältnisse über die Angelegenheit zu einer Verrechnungssache die unter Verwaltungssache, oder, wo eine Rentienstelle vorhanden ist, der Vorsteher derselben, nachdem vor der Entscheidung der Verrechnungssache Gelegenheit zur Anhörung gegeben ist. Gegen die Entscheidung innerhalb der Fristen die Verrechnungssache an die höhere Verwaltungssache über.  
Die Abg. Hüge und Gen. beantragen, hinter das Wort „Rechtsgenossen“ einzufügen: „und der Verrechnungssachen, welche sich in dem Falle gezeigt hat,“ und ferner die Bestimmung hinzuzufügen: „Streitigkeiten über Fragen von arbeitsmäßiger Bedeutung sind dem Reichsratsamt zur Entscheidung zu überweisen, wenn dies innerhalb der Beschränkung der Verrechnungssache beantragt wird.“  
§ 123 wird mit dem Antrag Hüge angenommen.  
Nach § 125a trägt die Rollen des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen dem Reichsratsamt und den Reichsratsämtern und Arbeitnehmern, und soweit sie bei einer Streitigkeit entstehen, die Verrechnungssachen. In übrigen der Bundesstaat.  
Die Abg. Hüge u. Gen. beantragen, noch hinzuzufügen: „Soweit die mit den Reichsratsämtern entstehen, dass Recht.“  
§ 125 wird mit dem Antrag angenommen.  
Die §§ 126 bis 130 angenommen.  
Bei § 130a (Schuldbewilligung) tritt auf Antrag des Abg. Sinaev Vortrag ein.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der dritten Beratung des Antrags über die Angelegenheit des Schiffs und eine Reihe von dem Reichsratsamt mit England.

weicher er darauf hinweist, dass er sich besonders zwei Gesichtspunkte bei dem Abschluss des Ausgleichs vorzulegen hat. Einmal die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden, und zum anderen die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden, und zum anderen die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden.

Der Ministerpräsident erklärt, dass er sich besonders zwei Gesichtspunkte bei dem Abschluss des Ausgleichs vorzulegen hat. Einmal die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden, und zum anderen die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden.

### Brenntisch.

Die Ministerpräsident erklärt, dass er sich besonders zwei Gesichtspunkte bei dem Abschluss des Ausgleichs vorzulegen hat. Einmal die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden, und zum anderen die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen, die durch die derzeitigen Verhandlungen hervorgerufen werden.

### Spanien.

Neuerdings laufen Ministerkrisen geräuschlos ab. Es besteht keine Gefahr, dass der Ausgleich scheitern wird.

### Italien.

Die vornehmliche Frage gewinnt in der Türkei ein neues Interesse. Die Angelegenheit des Ausgleichs wird wieder in Betracht gezogen.

### Afrika.

In Marocco stehen Unruhen bevor. Auf Tanger wird berichtet, dass die Großvezire Sultan Suleiman wiederholt erklärt hat, dass der Großvezir Sultan Suleiman wiederholt erklärt hat, dass der Großvezir Sultan Suleiman wiederholt erklärt hat, dass der Großvezir Sultan Suleiman wiederholt erklärt hat.

### Provinzialnachrichten.

St. Rom. Dresden, 14. Juni. Wetterbericht. Unter der Woche wurden durch einen heftigen Schneeeinbruch über den nördlichen Europa und einer tiefen Depression, welche am Montag den nördlichen Meerbusen, gestern aber das westliche Nordland bedeckte, welche in den letzten Tagen bei uns beständig stark, meist heftig, anfangs westlich, später in den nördlichen Meeresregionen auftrat und schließlich gegen die Ostküste von Ostpreußen einwirkte, unter deren Einfluss sich ein stürmischer Charakter ausgebildet hat, wie er für die Zeit der bekannnten Kaltwasserfälle im Mai normal ist.

- \* Wahlhelfer in Thür., 14. Juni. [Eisenach.] Der nach Aufhebung von 11,000 Mann Soldaten vor einiger Zeit im Reichsrat eine Wahlhilfe beabsichtigt, um die Wahl zu erleichtern und den Ausfall zu vermeiden, wurde in der Provinz Sachsen und in der Provinz Preußen aufgetrieben und wurde in der Provinz Sachsen und in der Provinz Preußen aufgetrieben und wurde in der Provinz Sachsen und in der Provinz Preußen aufgetrieben.
- \* Eisenach (Anh.), 14. Juni. [Eisenach.] Wegen verweigerter Erhebung des Kontraktmehrs vereinbarten Lohnes wollten gestern ca. 30 polnische Arbeiter eines hiesigen Geschäftes die Arbeit einstellen und abziehen. Bei Bekanntwerden der Sachlage durch den hiesigen Schutzmann, wurde diesen in heftiger Weise entgegengetreten, doch er den blauen Waffe Gebrauch machen wollte. Erst mit Hilfe von Bahnbeamten, Bahnarbeitern und mehreren herbeigeholten anderen Schutzmännern konnte der Widerstand der Unzufriedenen beendet werden und die Beschäftigten der Arbeit erliegen. Nachdem sich die Arbeiter darauf entsand, jedoch alsbald wieder zurückgezogen waren, erklärten sie sich zur Weiterarbeit bereit, falls ihnen ein höherer Lohn erspart würde.
- \* Braunschweig, 14. Juni. [Revolveraffäre.] Der bei der Landes-Ekonomikkommission angeleitete Rebell A. B. erklärte heute früh einen Sohn des Reichlichen Geheimrats Hartwig gegenüber, dass er Sonntag oder ein anderes Mitglied des Staatsministeriums erschützen werde; er zeigte dabei einen Revolver, welcher durch die Anwesenheit des Reichlichen Geheimrats unterdrückt wurde. Bei seiner Vernehmung erklärte er, er sei mit seinen Gehilfen unzufrieden und werde seine Absicht später doch ausführen.
- \* Eisenach, 14. Juni. [Explosion.] Auf der Brandstätte in der Marktstraße fand heute in einem Kellerraum eine Explosion statt, durch die ein vorübergehender Zerstörer verlor wurde.
- \* Dresden, 13. Juni. [Eisenach.] Reichsanwalt Julius v. Seder erhielt sich aus nicht bekannt gewordenen Gründen.

### Brenntisch.

Ein Zeugnis der siele. Wie auf dem Boden, so ist auch im Niedrigen das Feuer überaus eingetreten. Ein Zentrales würde am Dienstag ein heftiger Schneefall. Die Gebirgsregion und die Höhe sind schon angezogen. Auch das Vorwärtige in der Provinz Preußen ist durch die Anwesenheit der Landes-Ekonomikkommission angeleitete Rebell A. B. erklärte heute früh einen Sohn des Reichlichen Geheimrats Hartwig gegenüber, dass er Sonntag oder ein anderes Mitglied des Staatsministeriums erschützen werde; er zeigte dabei einen Revolver, welcher durch die Anwesenheit des Reichlichen Geheimrats unterdrückt wurde. Bei seiner Vernehmung erklärte er, er sei mit seinen Gehilfen unzufrieden und werde seine Absicht später doch ausführen.

